

Sitzungsniederschrift

| | |
|-------------------------|--|
| Gremium: | Kreistag |
| Sitzung am: | Mittwoch, 08.07.2015 |
| Sitzungsort: | Ratssaal der Kreisverwaltung Bad Dürkheim |
| Sitzungsdauer: | öffentlicher Teil 14:30 Uhr - 17:15 Uhr nicht öffentlicher Teil 17:16 Uhr – 17:17 Uhr |
| Art der Sitzung: | öffentlich / nicht öffentlich |

Das Ergebnis der Sitzung ergibt sich aus den beigefügten Anlagen.

Niederschriftführer

Arno Fickus

Vorsitzender

Hans-Ulrich Ihlenfeld
Landrat

Vorsitzender zu TOP 8

Claus Potje

Anwesend waren:

Landrat Ihlenfeld **als Vorsitzender**

Potje, Claus **Erster Kreisbeigeordneter**
Rüttger, Frank **Kreisbeigeordneter**
Pfuhl, Reinhold **Kreisbeigeordneter**

Mitglieder CDU-Fraktion

Armbrust, Renate anwesend bis einschließlich TOP 10
(16:33 Uhr)

Bechtel, Torsten
Grohe, Hans (fehlte entschuldigt)
Groß, Birgit
Hebinger, Stefan
Hoffmann, Theo
Kretner, Ralf anwesend bis einschließlich TOP 5
(15:35 Uhr)

Kutschke, Sabine
Lorch, Lothar
Mittrücker, Norbert Dr.
Sauer, Friedel
Schanzenbäcker, Elke
Schindler, Norbert (fehlte entschuldigt)
Seelmann, Peter
Stölzel, Reinhard
Wagner, Klaus
Wolf, Markus
Wolf, Walter

Mitglieder SPD-Fraktion

Armbruster, Gerd
Brenzinger, Reinhard (fehlte entschuldigt)
Dormann, Jakob
Geis, Ruth
Germann, Andrea
Glogger, Christoph anwesend ab 14:38 Uhr
Hauenstein, Martina
Niederhöfer, Reinhold
Pojtinger, Erich
Schreiner, Hans-Robert Prof. Dr. anwesend bis einschließlich TOP 11
(17:09 Uhr)

Vogel, Adam
Wode-Buser, Martina
Wolf, Hans Dr. anwesend bis einschließlich TOP 11
(17:09 Uhr)

Mitglieder FWG-Fraktion

Adam, Johannes
Eschmann, Friedrich
Nagel, Arnold
Postel, Gerhard
Rung-Braun, Heike
Stähly, Johannes

Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Hoffmann, Rudolf (fehlte entschuldigt)
Magez, Pirmin
Maurer, Annette
Werner, Pia

Mitglieder FDP-Fraktion

Langensiepen, Heidi
Schrank, Edwin

Mitglieder AfD-Fraktion

Kräher, Wolfgang
Nieland, Iris

Mitglied Die Linke

Beck, Stefanie (fehlte entschuldigt)

Ernst, Bedau

Vorsitzender des Beirates des Landkreises
Bad Dürkheim für Migration und Integration

Verwaltung:

Herr Martin,
Frau Thomas,
Pressereferentin Müller,
Herr Pabst

Ltd. Staatl. Beamter (fehlte entschuldigt)
Abteilung 1
Abteilung 1
Abfallwirtschaftsbetrieb

Gleichstellungsbeauftragte Haas
Personalratsvorsitzender Bauer

Herr Fickus,

Abteilung 1, als Niederschriftführer

Tagesordnung:

1. Einwohnerfragestunde
2. Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis
3. Beirat des Landkreises Bad Dürkheim für Migration und Integration; Bericht über die Tätigkeiten
Vorlage: 102/2015
4. Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Vorlage: 154/2013/4
5. Jahresabschluss 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Dürkheim
Vorlage: 080/2015
6. Gründung einer Energiegesellschaft mit der Pfalzwerke AG
Vorlage: 115/2015
7. Erweiterung der Integrierten Gesamtschule am Standort Grünstadt um ein Angebot der Sekundarstufe II;
schulorganisatorisches Verfahren
Vorlage: 061/2015
8. Höherstufung des Landrates
Vorlage: 097/2015
9. Höherstufung des Ersten Kreisbeigeordneten
Vorlage: 098/2015
10. Höherstufung des weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten
Vorlage: 099/2015
11. "Keine Windkraftanlagen auf Gebiet des Landkreises Bad Dürkheim, das zum Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen gehört";
Antrag der FWG-Kreistagsfraktion
12. "Der Landkreis Bad Dürkheim erklärt sich zur Frackingfreien Zone" Antrag der FWG-Kreistagsfraktion
13. Förderprogramm für kommunale Klimaschutzprojekte; Berichtsantrag der FWG-Kreistagsfraktion

Der Vorsitzende begrüßte die Anwesenden, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Auf Befragen wurden keine weiteren Wünsche zur Tagesordnung gestellt.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass aus terminlichen Gründen der für den 20. Juli vorgesehene Kreisausschuss nicht stattfinden kann. Die Verwaltung schlägt vor diesen einen Woche zu verschieben. Neuer Sitzungstermin wäre danach der 27. Juli. Es herrscht Einvernehmen den Kreisausschuss am 27. Juli zu terminieren.

Öffentlicher Teil:

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 1

| | |
|--------------------|-----------------------------|
| Gremium: | Kreistag |
| Sitzung am: | Mittwoch, 08.07.2015 |

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| __ JA-Stimmen | __ Nein-Stimmen | __ Enthaltungen |

Tagesordnung:

Einwohnerfragestunde

Beschluss:

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Fragen von Einwohnern im Sinne des § 21 der Geschäftsordnung des Kreistages lagen nicht vor.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 2

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| <u> </u> JA -Stimmen | <u> </u> Nein -Stimmen | <u> </u> Enthaltungen |

Tagesordnung:

Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende berichtet über die personelle Aufstockung in der zuständigen Abteilung, insbesondere die Verstärkung im Bereich freiwillige Rückkehr und der Schaffung einer zusätzlichen Stelle im 3. Einstiegsamt. Zusätzlich finden zurzeit noch Gespräche mit der Caritas statt, um abschließend die Zusammenarbeit zu klären. Insgesamt ist die Resonanz in der Bevölkerung des Landkreises bei der Aufnahme von Flüchtlingen positiv, führt der Vorsitzende weiter aus. Weiterhin angespannt bleibt die Unterbringungssituation und es mangelt immer noch an Vorabinformationen über die dem Kreis zugewiesenen Personen, was die Verteilung und nachfolgenden Integrationsmaßnahmen erheblich erschwert.

Der Vorsitzende weist auf die Bestellung sog. „Integrationspaten“ im Anschluss auf die Sitzung hin, die ehrenamtlich Flüchtlinge im Landkreis in verschiedenster Weise unterstützen werden.

Kreisbeigeordneter Rüttger teilt die aktuellen Daten mit, wonach zum 30. Juni bereits 356 Personen dem Landkreis zugewiesen wurden und damit die Gesamtzuweisungen des Vorjahres überschritten wurde. Hochgerechnet wird davon auszugehen sein, dass im laufenden Jahr rund 700 Personen im Kreis ankommen werden. 44 % der bisherigen Neuankömmlinge reisen alleine an, was die Unterbringung ebenfalls erschwert. In der Hauptsache kommen Personen aus Syrien, dem Kosovo, Albanien und Serbien hier an.

Der Vorsitzende zeigt nochmals die finanzielle Belastung des Landkreises auf, insgesamt sind in diesem Bereich 1 Mio. € im Haushalt eingeplant.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 3

Drucksache **102/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|--|---|--|
| <input type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| <input type="checkbox"/> JA -Stimmen | <input type="checkbox"/> Nein -Stimmen | <input type="checkbox"/> Enthaltungen |

Tagesordnung:

Beirat des Landkreises Bad Dürkheim für Migration und Integration; Bericht über die Tätigkeiten
Vorlage: 102/2015

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende des Beirats für Migration und Integration, Ernst Bedau, betont die gute und konstruktive Zusammenarbeit des Beirats mit den Fraktionen und der Verwaltung. Im Bezug auf die als sicher bewerteten Drittstaaten spricht er sich dafür aus, dass ein subsidiärer Schutz für Minderheiten aus diesen Ländern gegeben sein müsste.

Für die FDP-Fraktion spricht Kreistagsmitglied Langensiepen ihre Anerkennung für die bisherige Arbeit des Beirats aus, insbesondere stelle die angedachte Änderung der Sprechstundenroutine einen guten Ansatz dar.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 4

Drucksache **154/2013/4**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input checked="" type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| <input type="checkbox"/> JA-Stimmen | <input type="checkbox"/> Nein-Stimmen | <input type="checkbox"/> Enthaltungen |

Tagesordnung:

Staatsbad Bad Dürkheim GmbH
Vorlage: 154/2013/4

Beschluss:

Unter der Maßgabe, dass sich keine finanziellen Nachteile für den Landkreis Bad Dürkheim ergeben, wird Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld vom Kreistag Bad Dürkheim ermächtigt mit der Stadt Bad Dürkheim über die Übertragung der Gesellschaftsanteile des Landkreises Bad Dürkheim an der Staatsbad GmbH zu verhandeln und die zur Übertragung notwendigen Vereinbarungen zu treffen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende erinnert an den Werdegang der Staatsbad GmbH bis hin zum Liquidationsbeschluss, der von Kreis und Stadt Bad Dürkheim nicht mitgetragen wurde. Die im Anschluss an den Beschluss geführten Gespräche führten dazu, dass einer durch die Stadt Bad Dürkheim getragenen Nachfolgegesellschaft Finanzmittel seitens des Landes zur Verfügung gestellt werden.

Zur Frage einer Beteiligung des Kreises an dieser Nachfolgegesellschaft hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung am 08. Juni diesen Jahres die Empfehlung an den Kreistag ausgesprochen, dass der Kreis sich nicht mehr beteiligen solle und Landrat Ihlenfeld ermächtigt wird Vereinbarungen zur Übertragung der Gesellschaftsanteile mit der Stadt zu treffen. Der Vorsitzende verliest die Beschlussempfehlung des Kreistages im Wortlaut.

Für die CDU-Fraktion sieht Kreistagsmitglied Stölzel es als folgerichtig an, dass die Staatsbad GmbH von der Stadt übernommen wird, da der Betrieb keine Aufgabe des Landkreises darstelle.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht die Übernahme durch die Stadt Bad Dürkheim auch als den richtigen Weg an. Kreistagsmitglied Werner fordert jedoch, im Beschluss deutlich zum Ausdruck zu bringen, dass sich keine finanziellen Nachteile für den Kreis ergeben dürfen.

Sehr hilfreich bezeichnet Kreistagsmitglied Niederhöfer für die SPD-Fraktion, die zwischen Kreis und Stadt geführten Gespräche unter Einbezug des Landes. Zukünftig werde der Landkreis Bad Dürkheim die Staatsbad stets ideell unterstützen, aber unter der Verantwortung der Stadt Bad Dürkheim, wäre die Staatsbad dort angesiedelt, wo eine solche Gesellschaft auch hingehöre.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 5

Drucksache **080/2015**

| | |
|--------------------|-----------------------------|
| Gremium: | Kreistag |
| Sitzung am: | Mittwoch, 08.07.2015 |

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input checked="" type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| <input type="checkbox"/> JA-Stimmen | <input type="checkbox"/> Nein-Stimmen | <input type="checkbox"/> Enthaltungen |

Tagesordnung:

Jahresabschluss 2014 des Abfallwirtschaftsbetriebes Landkreis Bad Dürkheim
Vorlage: 080/2015

Beschluss:

Der Jahresabschluss des Abfallwirtschaftsbetriebes des Landkreises Bad Dürkheim für das Jahr 2014, dessen Bilanz zum 31.12.2014 auf der Aktiv- und Passivseite mit 18.891.640,86 € und dessen Erfolgsrechnung mit einem Verlust von 815.694,88 € abschließt, wird festgestellt. Der Jahresverlust wird über eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage gedeckt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Im Hinblick auf das negative Rechnungsergebnis erinnert der Vorsitzende an das eingeplante sukzessive Abschmelzen der Rücklagen. Insgesamt auch kann festgestellt werden, dass das Defizit geringer ausfalle, als der Zwischenbericht dies prognostizierte. Zum ersten Mal seit Jahren wurden die Gebühren erhöht und dies erfolgte auch nur in einer moderaten Höhe von 15 %.

Ein optimales Abfallkonzept im Landkreis stellt Kreistagsmitglied Stölzel für die CDU-Fraktion fest. Insbesondere habe sich die Sperrmüllabfuhr auf Abruf bewährt und werde von den Bürgern, zusammen mit der Möglichkeit der eigenen Ablieferung an der Deponie, gut angenommen. Gewissen Änderungen bei den Wertstoffen, wie die Einführung der gelben Tonne und der Abschaffung der Glasabholung, ist aus Sicht der Fraktion entgegen zu wirken. Hier sieht Kreistagsmitglied Stölzel den Werkausschuss in der Pflicht. Das hohe Defizit sei zwar deprimierend, aber im Grund bewusst herbeigeführt und somit nicht überraschend.

Auch die SPD-Fraktion überraschen die Verluste nicht, teilt für die Fraktion Kreistagsmitglied Dormann mit. Wichtig ist in diesem Zusammenhang jedoch festzustellen, dass die Verluste nicht aus dem operativen Geschäft des Abfallwirtschaftsbetriebes stammen. Einen defizitären Eigenbetrieb auf Dauer zu erhalten wäre dem Kreis so nicht möglich. Hinsichtlich der gelben Tonne wäre ein Überdenken der Kunststoffsammlung generell notwendig.

Kritisch sieht die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen den Zeitpunkt der Gebührenerhebung. Diese hätte auch zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen können, so Kreistagsmitglied Magez für die Fraktion. Auch stünde die Erhöhung nicht im Einklang mit dem erwirtschafteten Defizit, die Mehreinnahmen liegen deutlich über den Verlusten. Aus Sicht der Fraktion fußen die Rücklagen auf Gebührenmehreinnahmen in der Vergangenheit und kommen damit den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises eben nicht über die gemäßigten Gebührensätze der letzten Jahre zugute.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Rücklagen aus Mehreinnahmen im Zuge der Deponiesanierung gebildet wurden und nicht aus Gebühren. Die zugrundeliegende Ausweitung der Wertstoffhöfe war somit auch im Interesse der Bürger und hatte zur Folge, dass in den letzten Jahren von einer Gebührenerhöhung abgesehen werden konnte.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 6

Drucksache **115/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| 35 JA -Stimmen | 2 Nein -Stimmen | 4 Enthaltungen |

Tagesordnung:

Gründung einer Energiegesellschaft mit der Pfalzwerke AG
Vorlage: 115/2015

Beschluss:

Der Kreistag Bad Dürkheim begrüßt die Projektierung einer Energiegesellschaft in Kooperation mit der Pfalzwerke AG, insbesondere zum Betrieb von Photovoltaik-Anlagen auf Deponieflächen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende führt in die Thematik ein und verweist darauf, dass im Landkreis starke Kommunen mit eigenen Werken, die eigene Konzepte umsetzen, bestehen. Überdies hat vor rund 2 Jahren die Energieagentur im Landkreis ihre Arbeit aufgenommen. Es wird jedoch noch erhebliches Potential, insbesondere in der Sparte „Photovoltaik“ gesehen und dies führte zu der Überlegung entsprechende Projekte in einer Partnerschaft mit der Pfalzwerke Aktiengesellschaft anzugehen.

Es wird seitens des Vorsitzenden darauf hingewiesen, dass die Beschlussfassung zunächst nur darauf abzielt, eine entsprechende Absichtserklärung zu formulieren. Eine tatsächliche Umsetzung, d.h. Gründung einer Energiegesellschaft bedarf in der Folge noch konkreter Beschlüsse. Sollte es zu einer Realisierung kommen, steht zunächst die Photovoltaik im Vordergrund, jedoch schließen sich Projekte in anderen Sparten hierdurch nicht aus.

Frau Sabine Kuhlus und Herr Günther Becht von der Pfalzwerke AG präsentieren das PPP-Modell „Neue Energie Landkreis Bad Dürkheim GmbH“ und stehen für Fragen zur Verfügung. Die Präsentation ist dieser Niederschrift beigelegt.

Herr Becht und Frau Kuhlus zeigen auf, dass die Energiewende vor Ort im regionalen Bereich in kleinen Gesellschaften stattfinden kann und hier den Landkreisen nunmehr die Möglichkeit offensteht solche Gesellschaften mit zu begründen und in ihrer Region zu gestalten. Eine möglichst baldige Projektierung wird hierfür als unbedingt notwendig erachtet.

Auf die Nachfrage, ob Überlegungen zur Speichertechnik angestrebt wurden, weist Herr Becht darauf hin, dass die angedachte Gesellschaft keine Forschungseinrichtung darstellen werde. Dies wäre aufgrund der finanziellen Ausstattung ohnehin nicht möglich.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht Kreistagsmitglied Magez keinen Bedarf einer Partnerschaft des Kreises mit der Pfalzwerke AG. Zunächst sei lediglich ein Projekt geplant, welches nach Auffassung der Fraktion der Landkreis alleine durchführen könnte, insbesondere durch den Umstand, dass der AWB seit Jahren schon in Eigenregie eine Photovoltaikanlage betreibt. Als gewinnorientiertes Unternehmen wird seitens der Fraktion die Pfalzwerke AG nicht als richtiger Partner für den Landkreis angesehen. Die Fraktion fordert die Verwaltung dazu auf, mit den kleineren Versorgern im Landkreis zunächst abzuklären, ob diese bereit wären eine Partnerschaft zu Umsetzung der Projekte mit dem Kreis einzugehen. Die Fraktion stellt den weiterführenden Antrag, dass die Verwaltung den Auftrag erhalte mit allen anderen möglichen Partnern (Stadt-/Gemeindewerke) im Landkreis in Kontakt zu treten und diese zu einer Stellungnahme aufzufordern. Bis zum Vorliegen aller Stellungnahmen ist die Gründung der Energiegesellschaft zurückzustellen.

Für die die CDU-Fraktion begrüßt Kreistagsmitglied Stölzel die Entscheidung die Gesellschaft zu gründen, insbesondere dass auch die Beteiligung von Kommunen ermöglicht werden soll.

Eine Weiterführung des bisherigen Weges sieht Kreistagsmitglied Niederhöfer für die SPD-Fraktion die Gründung der Gesellschaft. Die Pfalzwerke AG wird hierbei seitens der Fraktion als der richtige Partner für den Landkreis gesehen, da diese kreisweit vertreten ist. Einer alleinigen Projektierung durch den AWB steht die Fraktion ablehnend gegenüber, da die Energiegewinnung nicht das Kerngeschäft des AWB ist.

Für die FWG-Fraktion befürwortet Kreistagsmitglied Eschmann das Projekt. Seine Nachfrage hinsichtlich des Gewinnzuflusses beantwortet die Verwaltung, dass diese in den Haushalt des AWB einfließen und nicht in den Kreishaushalt. Hinsichtlich der

Errichtung von PV-Anlagen in eigener Regie des AWB, würde die Fraktion ein finanzielles Risiko zu Lasten der Gebührenzahler sehen.

Auf Nachfrage von Kreistagsmitglied Nieland von der AfD-Fraktion hinsichtlich Zahlenmaterials zum angedachten Unternehmen, teilt die Verwaltung mit, dass es sich hierbei noch um Schätzwerte handelt, die zunächst noch zu prüfen sind.

Zu den allgemeinen Kosten, die im Vorfeld zur Gründung entstehen, teilt Frau Kuhlus mit, dass sich diese in der Größenordnung von 80.000 bis 100.000 € bewegen. Diese würden sich bei der Gesellschaftsgründung in der Bilanz als Investitionskosten niederschlagen. Sollte im Vorfeld zu irgendeinem Zeitpunkt klar werden, dass eine Gesellschaft nicht rentabel wäre, werden von da ab keine weiteren Schritte mehr unternommen und somit unnötigen Kosten vermieden.

Der Vorsitzende stellt zunächst den weiterführenden Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Abstimmung. Der Antrag wird mit 35 Gegenstimmen, bei 4 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

Der Vorsitzende stellt nunmehr den Beschlussvorschlag „Der Kreistag Bad Dürkheim begrüßt die Projektierung einer Energiegesellschaft in Kooperation mit der Pfalzwerke AG, insbesondere zum Betrieb von Photovoltaik-Anlagen auf Deponieflächen.“ zur Abstimmung.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 7

Drucksache **061/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input checked="" type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| <input type="checkbox"/> JA-Stimmen | <input type="checkbox"/> Nein-Stimmen | <input type="checkbox"/> Enthaltungen |

Tagesordnung:

Erweiterung der Integrierten Gesamtschule am Standort Grünstadt um ein Angebot der Sekundarstufe II;
schulorganisatorisches Verfahren
Vorlage: 061/2015

Beschluss:

Die Verwaltung wird ermächtigt, bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion einen Antrag auf Erweiterung der Integrierten Gesamtschule Grünstadt um eine dreizügige Oberstufe zu stellen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende skizziert die Schullandlandschaft im Leininger Land und stellt dar, dass der Antrag auf Erweiterung folgerichtig für die Entwicklung in diesem Bereich des Landkreises ist.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 8

Drucksache **097/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| 36 JA -Stimmen | 3 Nein -Stimmen | 1 Enthaltungen |

Tagesordnung:

Höherstufung des Landrates
Vorlage: 097/2015

Beschluss:

Der Höherstufung von Herrn Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld in Besoldungsgruppe B 6 zum 01.10.2015 wird zugestimmt.

Ausschließungsgründe:

Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld übergibt vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt den Vorsitz an den Ersten Kreisbeigeordneten Claus Potje und begibt sich in den Zuhörerbereich.

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 5 LKO.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Kreistagsmitglied Werner fest, dass die Erhöhung der Bezüge, sowohl des Landrates, als auch der hauptamtlichen Kreisbeigeordneten, nicht zwingend erfolgen müssen, sondern dies vielmehr eine freiwillige

Leistung darstelle. Die Fraktion sieht in der Erhöhung einen Gegensatz zu den Einsparbeschlüssen, die im Rahmen des Beitritts zum Kommunalen Entschuldungsfonds getroffen wurden. Insgesamt führten die Erhöhungen zu Mehrausgaben i.H.v. rund 15.000 €.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 9

Drucksache **098/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| 34 JA -Stimmen | 3 Nein -Stimmen | 3 Enthaltungen |

Tagesordnung:

Höherstufung des Ersten Kreisbeigeordneten
Vorlage: 098/2015

Beschluss:

Der Höherstufung von Herrn Ersten Kreisbeigeordneten Claus Potje in Besoldungsgruppe B 4 zum 01.10.2015 wird zugestimmt.

Ausschließungsgründe:

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt übergibt der Erste Kreisbeigeordnete Claus Potje den Vorsitz wieder an Herrn Landrat Hans-Ulrich Ihlenfeld und verlässt den Sitzungssaal.

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 5 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 10

Drucksache **099/2015**

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input checked="" type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| 34 JA -Stimmen | 3 Nein -Stimmen | 3 Enthaltungen |

Tagesordnung:

Höherstufung des weiteren hauptamtlichen Kreisbeigeordneten
Vorlage: 099/2015

Beschluss:

Der Höherstufung von Herrn Kreisbeigeordneten Frank Rüttger in Besoldungsgruppe B 3 zum 01.10.2015 wird zugestimmt.

Ausschließungsgründe:

Vor Eintritt in die Tagesordnung verlässt Kreisbeigeordneter Rüttger den Sitzungssaal.

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Das Stimmrecht des Vorsitzenden ruht gemäß § 29 Abs. 3 Nr. 5 LKO.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 11

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| 9 JA-Stimmen | 31 Nein-Stimmen | 0 Enthaltungen |

Tagesordnung:

"Keine Windkraftanlagen auf Gebiet des Landkreises Bad Dürkheim, das zum Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen gehört";
Antrag der FWG-Kreistagsfraktion

Beschluss:

Der Antrag auf Beschluss einer Resolution „Keine Windkraftanlagen auf dem Gebiet des Landkreises Bad Dürkheim, das zum Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen gehört“ wird abgelehnt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende erinnert an die bisher zur Thematik geführten Beratungen und die hieraus folgende Positionierung des Landkreises. Er legt dar, dass aus Sicht der Verwaltung alle notwendigen Beschlüsse bereits gefasst wurden und stellt in Frage, ob darüber hinaus dem Kreistag überhaupt eine Entscheidungskompetenz zukommt.

Für die FWG-Fraktion bekräftigt Kreistagsmitglied Rung-Braun, dass dem Kreistag sehr wohl eine Beratungs- und Beschlusskompetenz in der Materie zukommt.

Die Fraktion sieht dies durch die Feststellungen der Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages zum Freihandelsabkommen TTIP (Sonderrundschreiben des Landkreistages Rheinland-Pfalz, S 221/2015) bestätigt. Hinsichtlich des Antrages unter TOP 12 „Frackingfreie Gemeinde“ sieht die Fraktion die Notwendigkeit hierzu frühzeitig die richtigen Weichen im Landkreis Bad Dürkheim zu stellen und nicht erst eine allgemeine Entwicklung abzuwarten. Kreistagsmitglied Rung-Braun stellt als Fraktionsvorsitzende der FWG den Antrag beide Anträge (TOP 11 und 12) gemeinsam zu beraten. Dem Antrag wird nicht widersprochen.

Für die FDP-Fraktion stellt Kreistagsmitglied Langensiepen fest, dass Resolutionen kein zielführendes politisches Instrument darstellen. Es ergab sich durch den Resolutionsbeschluss keinerlei der gewünschten Auswirkungen und die formulierten Ziele bleiben im Allgemeinen ungehört. Kritisch sieht die Fraktion die Kombination der beiden Anträge, bei denen es einerseits um die Ablehnung von Windkraftanlagen in bestimmten Teilen des Landkreises geht und andererseits ebenfalls um die Ablehnungen einer anderen Art der Energiegewinnung auf dem Kreisgebiet.

Kreistagsmitglied Niederhöfer stellt für die SPD-Fraktion fest, dass hinsichtlich der ersten Forderung des Antrages zu Windkraftanlagen die Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans IV (LEP IV) deckungsgleich ist. Zur zweiten Forderung führt Niederhöfer aus, dass dies inhaltlich mit dem von der Verbandsversammlung Verband Rhein-Neckar noch zu beschließenden Regionalraumordnungsplan ist. Insoweit erübrige sich aus Sicht der Fraktion eine Beschlussfassung über diesen Antrag. Hinsichtlich der Thematik „Fracking“ würde es die Fraktion begrüßen, wenn zunächst mehr Informationen, insbesondere hinsichtlich der Beteiligungsmöglichkeiten der Kommunen bei den Genehmigungsverfahren, vorliegen würden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt Kreistagsmitglied Magez fest, die Resolution zum Thema Windkraftanlagen nicht zielführend ist, wenn diese nicht auf einen einstimmigen Beschluss des Gremiums fußt. Grundsätzlich kann eine Meinungsbekundung zum Thema Windkraftanlagen durch den Kreistag formuliert werden, im Gegensatz zu dem früheren Antrag der FWG-Fraktion der einen klaren Auftrag an die Verwaltung enthielt. Die Fraktion wird daher dem Antrag zur Resolution gegen Windkraftanlagen nicht zustimmen, den Antrag zur Frackingfreien Zone jedoch unterstützen.

Kreistagsmitglied Postel sieht die Notwendigkeit vor einer Beschlussfassung zum Thema Fracking mehr Informationen zum Verfahren als solches zu erhalten, aber insbesondere auch zum Genehmigungsverfahren. Die Fraktion sieht hier die Gefahr, dass aufgrund bergbaurechtlicher Bestimmungen vor Ort die Kommunen und der Landkreis bei einem möglichen Genehmigungsverfahren außen vor sein könnten.

Für die CDU-Fraktion bezeichnet Kreistagsmitglied Mittrücker den Punkt „Fracking“ als „Gefühlsthema“ und verweist darauf, dass auch auf Bundesebene aktuell noch kein Einsatz dieser Technologie gewünscht werde. Im Gegensatz zu der Hochrisikotechnologie, die in den Vereinigten Staaten von Amerika zum Einsatz kommt, sieht der Bund die Forschungsarbeit hin zu einem sicheren Einsatz der Technologie noch nicht als abgeschlossen an.

Er fordert dazu auf, Fracking nicht von vorneherein konsequent abzulehnen, sondern die technologische Entwicklung auf diesem Gebiet abzuwarten und zu gegebener Zeit eine Entscheidung zu treffen.

Auch Kreistagsmitglied Niederhöfer plädiert dafür, in der heutigen Sitzung noch keine Entscheidung zu treffen und erst nachdem genauere Informationen vorliegen erneut das Thema zu beraten.

Kreistagsmitglied Postel beantragt die Vertagung des Tagesordnungspunktes „Fracking“ bis zur Klärung ob und wie weit der Landkreis bei möglichen Genehmigungsverfahren involviert sein werde.

Kreisbeigeordneter Rüttger führt hierzu aus, dass Genehmigungsverfahren für Fracking-Vorhaben im Bergbaurecht angesiedelt sind und daher der Landkreis in diesen Verfahren höchst wahrscheinlich kein Mitspracherecht haben wird.

Kreistagsmitglied Postel zieht hierauf seinen Antrag auf Vertagung zurück.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 12

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|--|---|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input checked="" type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input checked="" type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input checked="" type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| 15 JA -Stimmen | 21 Nein -Stimmen | 2 Enthaltungen |

Tagesordnung:

"Der Landkreis Bad Dürkheim erklärt sich zur Frackingfreien Zone" Antrag der FWG-Kreistagsfraktion

Beschluss:

Der Antrag, dass sich der Landkreis Bad Dürkheim zur „Frackingfreien Zone“ erklärt, wird abgelehnt.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Siehe Text zu TOP 11

Vor der Beschlussfassung verlassen die Kreistagsmitglieder Prof. Dr. Schreiner und Dr. Wolf die Sitzung.

Niederschrift

zu Tagesordnungspunkt Nr. 13

Gremium:

Kreistag

Sitzung am:

Mittwoch, 08.07.2015

Sitzung / Abstimmung :

| | | |
|---|---|--|
| <input checked="" type="checkbox"/> öffentlich <input type="checkbox"/> nichtöffentlich | <input type="checkbox"/> entscheidend <input type="checkbox"/> beratend | <input type="checkbox"/> offen <input type="checkbox"/> geheim <input type="checkbox"/> namentlich |
| <input type="checkbox"/> laut Beschlussvorschlag | <input type="checkbox"/> abweichender Beschluss | <input type="checkbox"/> Empfehlung an den Kreistag |
| <input type="checkbox"/> einstimmig | <input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit: | |
| __ JA-Stimmen | __ Nein-Stimmen | __ Enthaltungen |

Tagesordnung:

Förderprogramm für kommunale Klimaschutzprojekte; Berichts Antrag der FWG-Kreistagsfraktion

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird an den Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss verwiesen.

Ausschließungsgründe:

Sonstige Vermerke gem. § 26 Abs. 1 Nr. 9 GO des KT:

Der Vorsitzende schlägt vor, den Tagesordnungspunkt an den Bau-, Umwelt- und Agrarausschuss zu verweisen. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.